

Hamm, 21. Juli 2004

## Presseerklärung

**Deutscher Richterbund – Landesverband Nordrhein-Westfalen – stellt klar:  
Für die dramatische Situation der Justiz ist die Landesregierung verantwort-  
lich. Dies kann auch durch „Unschuldserklärungen“ nicht kaschiert werden.**

Der Deutsche Richterbund, Landesverband Nordrhein-Westfalen, protestiert entschieden gegen die Erklärung des Justizministeriums gegenüber dem Kölner Stadtanzeiger vom 20. Juli 2004, die Justiz habe zu ihrer Belastungssituation selbst beigetragen, indem sie „viel zu spät den Segen moderner Computer- und Kommunikationstechnik haben wollte“. Diese Behauptung ist nicht nur unwahr, sondern lässt auch in erschreckender Weise die Hilflosigkeit der Landesregierung erkennen, auf die sich schon lange anbahnende dramatische Situation sachgerecht zu reagieren. Die Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit Computern kann nicht als Allheilmittel herhalten.

Die tatsächlichen Ursachen für den drohenden Kollaps der Justiz sind allein im Personalabbau zu suchen. Obwohl die Entwicklung der Computerprogramme nach der eigenen Erklärung des Justizministers Wolfgang Gerhards um bis zu 3 Jahren hinter den Planungen liegt, hat die Justiz in den letzten 7 Jahren gleichwohl bereits rd. 1.200 Stellen verloren. Weitere 600 Stellen sollen mit dem Rationalisierungsargument gestrichen werden.

Der stellvertretende Landesvorsitzende ROLG Jens Gnisa hierzu:

„Wir werden es nicht zulassen, dass die Landesregierung nun den Spieß umdreht und sich damit aus ihrer Verantwortung herausstiehlt. Nicht Richter, Staatsanwälte, Beamte und Angestellte, die ohne Rücksicht auf Dienstzeiten in der Vergangenheit die Funktionsfähigkeit der Justiz aufrechterhalten haben, tragen die Schuld. Vielmehr hat hierfür die Landesregierung einzustehen. Es müssen Schwerpunkte gesetzt werden statt den Rasenmäher einzusetzen“.

Die derzeitigen Planungen der Landesregierung werden demgegenüber die Situation noch weiter verschärfen. Über die oben genannten Streichungen sollen bis 2008 zusätzlich 1340 Stellen – davon 540 im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst – wegfallen.

Die Folgen dieser Planungen sind jetzt offenkundig. Es ist demgegenüber geboten, dass sich der Staat in seiner gegenwärtigen Krise auf seine Kernbereich konzentriert. Hierzu gehört eine funktionsfähige Justiz als Garant des Rechtsstaats.

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an: Jens Gnisa, ROLG Tel.: 01713426655.

Der Deutschen Richterbund - Landesverband Nordrhein-Westfalen – ist mit 2.800 Mitgliedern bei ca. 5.400 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.